

Herrn Oberbürgermeister
Marcus König
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

31.01.2024

Nürnberg bleibt weltoffen und tolerant - Bündnis für Demokratie stärken

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Nürnberger Stadtrat begrüßt das große zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus. Hunderttausende Menschen haben in den vergangenen Tagen in ganz Deutschland ein deutliches Zeichen gegen rechtsextreme Bestrebungen und verfassungsfeindliche Deportationspläne gesetzt und werden dies wieder tun.

Auch in Nürnberg fanden sich Tausende zusammen und es werden hoffentlich in den nächsten Tagen z.B. bei der durch die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg organisierten Demonstration noch mehr. Das zeigt: Nürnberg ist weltoffen und tolerant. Demokratische Parteien sind aufgerufen, im Kampf gegen Rechtsextremismus zusammenzustehen. Die Demonstrationen zeigen: Wir sind eine Gemeinschaft, die auf einem Wertefundament steht – gegen Extremismus, gegen Menschenfeinde, für unsere Verfassung. Wir alle sind Nürnberg.


Daher stellen die Stadtratsfraktionen von CSU, SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zur Behandlung im Stadtrat am 31.01.2024 folgenden

Antrag:


Der Nürnberger Stadtrat verurteilt jedwede Bestrebungen, die Demokratie in Nürnberg, in Bayern und in der Bundesrepublik gezielt zu schwächen, zu schädigen und zu delegitimieren. Sie sind ein Angriff auf die freiheitliche Grundordnung des Staates, wie sie im Grundgesetz, in der Bayerischen Verfassung und in der Bayerischen Gemeindeordnung unverrückbar verankert ist. Sie sind auch ein Angriff auf das Gemeinwesen und den gesellschaftlichen Frieden. Der Stadtrat wird auch in Zukunft verfassungsfeindlichen Bestrebungen frühzeitig und entschieden entgegenzutreten.

Die Stadt Nürnberg mit dem Oberbürgermeister an der Spitze startet eine Initiative, den Kampf gegen antidemokratische Bestrebungen noch breiter in der Gesellschaft zu positionieren und ein Bündnis für Demokratie und Toleranz zu stärken. Dazu lädt er Parteien, Organisationen, Vereine, Unternehmen und Religionsgemeinschaften zu einem Dialog ein, z.B. im Rahmen des Kuratoriums für Vielfalt und Zusammenhalt. Ziel ist es, dass Zivilgesellschaft und Politik zusammen eine fortwährende Kampagne mit unterschiedlichen Bausteinen – von Öffentlichkeitsarbeit über Kundgebungen oder Aufklärungsarbeit in allen Teilen der Gesellschaft – und mit der Stadtspitze in Verantwortung auf den Weg bringen.

Mit freundlichen Grüßen


Andreas Kriegelstein
Fraktionsvorsitzender
CSU-Stadtratsfraktion


Christine Kayser
Fraktionsvorsitzende
SPD-Stadtratsfraktion


Achim Mietzko
Fraktionsvorsitzender
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN